

Inhalt

Frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr	1
Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP	2
Veröffentlichung der Projektausschreibungen von CEEP-Mitgliedern:	2
EU-News im Überblick	3
Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen	8
Kontakt	9

Impressum

Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen - Deutsche Sektion des CEEP e.V. (bvöd)

Invalidenstraße 91
10115 Berlin

fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29
email: info@bvoed.de
www.bvoed.de



Frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr

Liebe Newsletter-Abonnantinnen und Abonnenten,

mit der Dezemberausgabe des bvöd-Newsletters verabschieden wir uns in die Weihnachtspause.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien weiterhin eine frohe Advents- und Vorweihnachtszeit, frohe Festtage und einen guten Start ins neue Jahr.

Wir freuen uns, Sie auch im neuen Jahr mit dem bvöd-Newsletter zu informieren.

Die bvöd-Geschäftsstelle ist ab dem 4. Januar 2016 wieder besetzt.

Ihre

bvöd-Geschäftsstelle

Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP

Veröffentlichung der Projektausschreibungen von CEEP-Mitgliedern:

- Ausschreibung für Abfallverwertung des Mitglieds der italienischen Sektion des CEEP, AMA Roma ([.pdf Englisch](#))
- Aufruf des österreichischen Mitglieds ASCR (Aspen Smart City Research) für die Suche nach Projektpartnern in den Bereichen Energiemanagement und intelligente Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ([.pdf Deutsch](#))

Studie zur Zahlungsverzugsrichtlinie vorgestellt

Im Zuge der ex post Evaluierung der Zahlungsverzugsrichtlinie, nahm CEEP am 24. November 2015 an einem Treffen der von der Europäischen Kommission ins Leben gerufenen „Late Payment Expert Group“ teil. Im Rahmen dieses Treffen wurde eine erste Studie zur Wirksamkeit der Zahlungsverzugsrichtlinie vorgestellt. Auch CEEP beteiligte sich durch Interviews und Umfragen an der Fertigstellung der Studie. Ein detaillierter Bericht der EU-Kommission ist für März 2016 geplant.

Die Studie mitsamt Kurzfassung kann [hier](#) nachgelesen werden.

Eine Bewertung des CEEP zu dieser Studie finden Sie [hier](#).

CEEP Projekt „Improving social partner involvement“ von Kommission genehmigt

Ein von CEEP und dem Europäischen Gewerkschaftsbund (ETUC) geplantes Projekt „Improving social partners' involvement in EU support for public investments in training and education“ wurde von der EU-Kommission zur Förderung anerkannt. Zielsetzung des Projekts ist eine verstärkte Einbindung der Sozialpartner bei der Finanzierung von und der Suche nach Investitionsmöglichkeiten im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Das Projekt soll zur Umsetzung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) beitragen und zu einer besseren Nutzung der durch die Europäischen Strukturfonds und der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung gestellten Mittel führen.

Zudem wollen CEEP und ETUC zwei Studien zu dem Thema erstellen. Die Recherche soll in Form von Interviews mit nationalen Entscheidungsträgern durch externe Forschungsunternehmen in 15 Ländern durchgeführt werden. Nach Abschluss der Studien sollen die Ergebnisse den Mitgliedern der jeweiligen Organisationen auf zwei Konferenzen vorgestellt werden.

Zweites Forschungsseminar zum Europäischen Sozialdialog

Am 10. Dezember 2015 organisierte CEEP das zweite Fortbildungsseminar zum Thema Sozialdialog in Brüssel statt. Ziel der Veranstaltung war es, Erbringer öffentlicher Dienstleistungen zu ermutigen, sich stärker in den EU-Sozialdialog

einzubringen. Dabei lag der Schwerpunkt vor allem auf Unternehmen aus den Ländern, die 2004 EU-Mitgliedsstaaten wurden.

CEEP beschließt Arbeitsprioritäten für 2016

Im Rahmen seiner Generalversammlung am 15. Dezember 2015 in Brüssel wurde das Arbeitsprogramm des Verbands für 2016 beschlossen.

Für das *Public Services Board* liegen die Schwerpunkte im kommenden Jahr auf der Überarbeitung der europäischen Definition von KMU besonders mit Blick auf lokale öffentliche Unternehmen, dem Paket zum öffentlichen Beschaffungswesen sowie der Erarbeitung einer Stellungnahme zu der von der Kommission angestrebten Modernisierung des Systems staatlicher Beihilfen.

Die „*Services of General Interest*“ Task Force wird sich auch im kommenden Jahr weiterhin vor allem mit Handelspolitik beschäftigen, vor allem mit Blick auf das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) sowie das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP). Außerdem wird sich die Task Force verstärkt mit den Auswirkungen der Digitalisierung für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse auseinandersetzen. In dem Zusammenhang soll eine neue Arbeitsgruppe zur Digitalisierung ins Leben gerufen werden.

Die „*Internal Market*“ Task Force wird ihren Focus auf die Themen Beihilfepolitik, Steuerpolitik und die Zahlungsverzugsrichtlinie richten.

Die Generalversammlung verabschiedete außerdem das Mandat des CEEP zur Aufnahme von Verhandlungen der Sozialpartner zum geplanten Rahmenabkommen: „Fostering active ageing and an inter-generational approach“. Die Verhandlungen sollen mögliche Maßnahmen zur Förderung und Einbindung in Unternehmen sowohl für ältere als auch für sehr junge Arbeitnehmer aufgrund der Herausforderungen der demographischen Entwicklung thematisieren.

EU-News im Überblick

EU-Kommission stellt Jahreswachstumsbericht 2016 vor

Die Europäische Kommission hat am 26. November 2015 den Jahreswachstumsbericht 2016 veröffentlicht und somit das Europäische Semester 2016 eingeleitet. Dem Bericht liegen die wirtschafts- und sozialpolitischen Prioritäten der EU-Kommission zugrunde. Er empfiehlt die Kombination von verschiedenen Maßnahmen sowie eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten um die wirtschaftliche Erholung und Konvergenz in ganz Europa zu fördern.

Da die politischen Herausforderungen von Land zu Land unterschiedlich sind, fallen auch die Empfehlungen unterschiedlich aus. Doch gibt es auch übergreifende Themen, die die EU insgesamt betreffen. Um die Erholung weiter voranzutreiben und die Konvergenz zu fördern, empfiehlt die Kommission, auf den drei wesentlichen Säulen aufzubauen, die im vergangenen Jahr für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU ermittelt wurden: Wiederbelebung der Investitionstätigkeit, Fortsetzung der Strukturreformen verbunden mit einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik.

Neben dem Jahreswachstumsbericht umfasst das Paket auch den Bericht über Warnmechanismen, einen Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts sowie weitere damit zusammenhängende Dokumente. Um europaumbezogene und nationale Aspekte der wirtschaftspolitischen Steuerung besser miteinander zu verzahnen, wird der Jahreswachstumsbericht 2016 erstmals von einer Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets begleitet.

[Pressemitteilung EU-Kommission](#)

[CEEP-Position](#)

Maßnahmenpaket zur Kreislaufwirtschaft der EU-Kommission veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat am 2. Dezember 2015 das neue Paket zur Kreislaufwirtschaft vorgestellt. Das langerwartete Maßnahmenpaket soll den Übergang zu einer leistungsfähigeren, stärker kreislaforientierten Wirtschaft mit nachhaltigerer Ressourcennutzung sicherstellen. Darin sind eine Reihe von überarbeiteten Vorschriften zu Abfällen sowie ein umfassender Aktionsplan enthalten, in dem die Kommission weitere Maßnahmen im Verlauf ihrer Amtszeit ankündigt. Diese beziehen sich u. a. auf die Finanzierung durch Mittel aus Horizont 2020 und die Strukturfonds, die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung, das Ökodesign-Arbeitsprogramm, die Entwicklung von Qualitätsstandards für Sekundärrohstoffe, die Überarbeitung der Verordnung über Düngemittel sowie eine Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft und die Wiederverwendung von Wasser. Angestrebt wird eine maximale Wertschöpfung und Nutzung aller Rohstoffe, Produkte und Abfälle. Die Energieeinsparung soll gefördert und die Treibhausgasemissionen sollen reduziert werden. [zum vollständigen Bericht](#).

Rat einigt sich auf Empfehlungen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit

Die Minister für Beschäftigung und Sozialpolitik haben am 7. Dezember 2015 im Rahmen der Tagung des Rates Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz eine Vereinbarung zum Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung zur Langzeitarbeitslosigkeit getroffen. [zum vollständigen Beitrag](#)

Erste Gesetzschnläge zum Digitalen Binnenmarkt vorgestellt

Im Rahmen ihrer [Strategie für den digitalen Binnenmarkt](#) hat die Europäische Kommission am 9. Dezember 2015 einen [Vorschlag](#) für einen breiteren Zugang zu Online-Inhalten sowie einen [Aktionsplan](#) zur Modernisierung des EU-Rechts vorgelegt.

Gegenwärtig können Europäer ihre Online-Dienste für Filme, Sportsendungen, Musik, e-Bücher oder Spiele, für die sie in ihrem Heimatland bezahlt haben, häufig auf Reisen in der EU nicht nutzen. Die vorgeschlagene Verordnung zur Gewährleistung der grenzüberschreitenden Portabilität von Online-Inhalten im Binnenmarkt soll diese Beschränkungen beseitigen und den Bewohnern der EU die Möglichkeit eröffnen, ihre zuhause erworbenen oder abonnierten Online-Inhalte auf Reisen mitzunehmen. Diese grenzüberschreitende Weiternutzbarkeit („Portabilität“), ein neues EU-Verbraucherrecht, soll voraussichtlich im Jahr 2017 Wirklichkeit werden. Da es sich um einen Verordnungsvorschlag handelt, wird dieses Recht nach der Verabschiedung direkt in allen 28 EU-Mitgliedstaaten gelten.

Weiterhin stellte die Kommission ihr Konzept für ein modernes EU-Urheberrecht vor. Diese „politische Vorausschau“ wird nun in den kommenden sechs Monaten in konkrete Legislativvorschläge und Politikinitiativen umgesetzt, wobei alle Ergebnisse der verschiedenen öffentlichen Konsultationen berücksichtigt werden sollen.

[Zur Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

Neuer Klimavertrag in Paris beschlossen

Vom 30. November bis zum 12. Dezember 2015 fand in Paris die 21. UN-Klimakonferenz (COP21) statt. Die diesjährige Konferenz war von besonderer Bedeutung, da erstmals ein verbindliches, von allen Mitgliedern getragenes [Abkommen](#) getroffen werden sollte. Die Verhandlungen wurden von den zuständigen Ministern der 195 Teilnehmerstaaten geführt. Die deutsche Delegation wurde von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) angeführt.

Am 12. Dezember 2015 verabschiedeten die Mitgliedsstaaten das Abkommen. Dieses soll 2020 in Kraft treten und die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzen. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts soll der Netto-Ausstoß an Treibhausgasen auf null gesenkt werden. Das Abkommen sichert ärmeren Ländern finanzielle Unterstützung ab 2020 in Höhe von 100 Mrd. Dollar pro Jahr für die Umsetzung des Klimaschutzes und die Anpassung an die Erderwärmung zu. Die Klimaziele und Ergebnisse der einzelnen Länder müssen alle fünf Jahre überprüft werden. Der Vertrag tritt erst dann in Kraft, wenn ihn bis zum Jahr 2020 mindestens 55 Prozent der Staaten ratifizieren und diese mindestens 55 Prozent der weltweiten Emissionen ausmachen.

[Stellungnahme des VKU](#)

[Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

[Pressemitteilung der Bundesregierung](#)

Bericht zu Wasser Konsultation veröffentlicht

Seit die EU-Kommission eine Konsultation zu dem Thema Wasserqualität und Wasserdienstleistungen im Herbst 2014 eingeleitet hatte, fanden zwei Treffen mit Interessenvertretern statt, eines am 9. September 2014 und ein weiteres am

12. Oktober 2015. CEEP nahm an beiden Gesprächen teil. Die Kommission hat nun erstmals eine Zusammenfassung der beiden Treffen veröffentlicht. Diese finden Sie [hier](#).

Mitteilung zu den aktuellen Prioritäten der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat am 14. Dezember 2015 eine Mitteilung zur Darstellung der Prioritäten und der Ziele der ESIF in der Förderperiode 2014–2020 veröffentlicht. Dabei sollen unter anderem die Verbindungen zum Europäischen Semester und den nationalen Förderprogrammen gestärkt sowie die Rahmenbedingungen für Investitionen durch ex ante-Planung verbessert werden. Weiterhin soll die Vereinfachung der Implementierung der Förderprogramme zugunsten der Begünstigten, die verstärkte Nutzung der Finanzinstrumente zur Auslösung von Hebelwirkungen der Investitionen und die Optimierung der Ansätze der Partnerschaft und der Steuerung im Mehrebenensystem verfolgt werden.

Die neuen Maßnahmen sollen bewirken, dass Forschung und Innovation als Motor für die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen und der KMU fungieren können. Auch soll die verstärkte Ausrichtung auf nachhaltige Entwicklung zur Implementierung der Energieunion und einer umweltfreundlichen kohlenstoffarmen Wirtschaft vor dem Hintergrund der EU-Klimaziele beitragen. Ferner sollen durch Investitionen in Bildung neue Arbeitsplätze generiert und der soziale Zusammenhalt gefördert werden.

In Ergänzung zu der Mitteilung hat die Kommission außerdem eine neue offene Datenplattform für die EFSI freigeschaltet. Ziel ist es, zur Förderung der Transparenz den Fortschritt bei der Implementierung der ESIF-Programme anschaulich darzustellen. Die Plattform stellt Daten zum aktuellen Stand der Ausgaben im Verhältnis zu den Zielen der Operationellen Programme für die Förderperiode 2014–2020 nach Themen, Mitgliedstaaten und Inanspruchnahme der einzelnen Fonds zur Verfügung. Zudem kann eine Übersicht für die gesamte EU geladen werden.

Zur vollständigen [Mitteilung](#) und [Datenplattform](#).

Kommission setzt weitere Impulse für bessere Rechtsetzung

Die Kommission hat am 15. Dezember 2015 eine neue [Interinstitutionelle Vereinbarung](#) für bessere Rechtsetzung mit dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegt. Ziel ist, die Qualität und Ergebnisse der europäischen Rechtsvorschriften zu verbessern.

Die Vereinbarung tritt voraussichtlich im Februar nach der Verabschiedung im Plenum durch das Europäische Parlament in Kraft.

Bereits im Mai mit dem Programm REFIT (Regulatory Fitness and Performance) hatte die Kommission die Weichen gestellt, Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung in Zukunft besser gewährleisten zu können.

Teil dieses Programms ist die Bildung einer sogenannten REFIT-Plattform, bestehend aus Sachverständigen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Sozialpartnern, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und der Mitgliedstaaten.

Am 17. Dezember veröffentlichte die Kommission die Namen der 18 Mitglieder der Gruppe der Interessenträger der Plattform, die zusammen mit zwei vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und vom Ausschuss der Regionen benannten Sachverständigen und den Sachverständigen der Mitgliedstaaten in der Gruppe der Regierungsvertreter das Plenum der Plattform bilden werden, genannt Stakeholder-Gruppe. Die Gruppe tagt unter Vorsitz des ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans.

CEEP als Mitglied der Stakeholder-Gruppe zu REFIT

Als eines der 18 Mitglieder der Stakeholder-Gruppe wurde nun auch der CEEP, vertreten durch Valeria Ronzitti, benannt. Das ermöglicht es den CEEP-Mitgliedern sich aus erster Hand über geplante EU-Vorhaben zu informieren und frühzeitig ihre Bewertungen über Auswirkungen der geplanten Regulierung für den Bereich der Öffentlichen Dienste und ihrer Unternehmen einzubringen.

Das erste Treffen der Gruppe wird bereits am 29. Januar 2016 in Brüssel stattfinden.

Weitere Informationen zu der REFIT Plattform können [hier](#) gefunden werden.

EU-Datenschutzreform beschlossen

Nach dreijährigen Verhandlungen haben sich das Europäische Parlament und der Rat der EU-Staaten am 15. Dezember 2015 im sogenannten Trilogverfahren auf neue Datenschutzregeln geeinigt. Die Europäische Kommission hatte die Datenschutzreform bereits im Jahr 2012 vorgeschlagen. Die neue Verordnung setzt dem derzeit in der EU bestehenden Flickenteppich von Datenschutzvorschriften ein Ende. Sobald die neue EU-Verordnung voraussichtlich 2018 in Kraft tritt, sollen überall in der EU und damit für alle Unternehmen dieselben Datenschutzstandards gelten.

In Zukunft sollen Kunden mehr Klarheit darüber bekommen, was mit ihren persönlichen Daten genau passiert. Dazu gehört, dass sich Unternehmen die Zustimmung der Nutzer einholen müssen. Die Nutzer erhalten das Recht, Informationen leichter wieder löschen zu lassen („Recht auf Vergessen“) und Daten von einem Anbieter zum nächsten mitzunehmen („Portabilität“). Unternehmen müssen ihre Produkte datenschutzfreundlich gestalten. An diese Regeln müssen sich nicht nur europäische Unternehmen, sondern auch US-Firmen halten. Wenn Anbieter gegen die Regeln verstoßen, drohen ihnen hohe Strafen von bis zu vier Prozent ihres Umsatzes.

Die Datenschutzreform betrifft zwei Rechtsinstrumente, die Datenschutz-Grundverordnung und die Richtlinie für den Datenschutz bei Polizei und Strafjustiz. Kernpunkte der neuen Regeln finden Sie [hier](#) im Überblick.

Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen

Aktueller Stand zu TTIP:

Teilnahme von bvöd am Verbändegespräch im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Am 2. Dezember 2015 lud das Ministerium interessierte Verbände zur Information über die elfte TTIP-Verhandlungsrunde ein. Dort gaben der zuständige Abteilungsleiter und die Fachreferenten Auskunft über den Stand der Verhandlungen und standen für Fragen zur Verfügung.

Im Bereich Zollangebote gibt es bereits vergleichbare und konkrete Verhandlungen. Alle anderen Themen, darunter der EU-Vorschlag zum Investitionsschutz sowie das Thema öffentliche Beschaffung, werden frühestens in der nächsten Verhandlungsrunde (im Februar 2016) im Detail verhandelt.

Zum ersten Mal gab es zwischen den Verhandlungsparteien einen intensiveren Austausch zum Thema „zukünftige, regulatorische Zusammenarbeit“. Auch hier gibt es noch keine gemeinsame Vorstellung davon, welche Gremien in welcher Form damit befasst werden sollen. Ob sich die „good regulatory practises“, die von der US-Seite für die zukünftige Regulierung bevorzugt werden, oder der „better regulation“ Ansatz der EU-Seite durchsetzt, bleibt abzuwarten. Die Verhandlungen sollen bis Ende 2016 technisch zum Abschluss gebracht werden. Die Zeit drängt, denn man möchte vor dem US Wahlgang zu Ergebnissen kommen.

Berliner Bürgerdialog zu TTIP mit Handelskommissarin Cecilia Malmström

Am 3. Dezember 2015 fand im Allianz Forum in Berlin eine Veranstaltung der Bürgerdialogreihe „TTIP – wir müssen reden“ statt. Zu einem ausführlichen Bericht geht es [hier](#).

Mitglieder des Bundestages sollen Zugang zu Dokumenten bekommen

Bei einem Treffen mit Bundestagspräsident Norbert Lammert am Donnerstag, 10. Dezember 2015 in Berlin hat EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström zugesagt, dass Abgeordnete des Bundestags so rasch wie möglich Zugang zu gemeinsamen Verhandlungstexten der EU und der USA für die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) bekommen werden. So habe man sich mit den USA verständigt, dass es in jeder Hauptstadt einen Leseraum geben wird, in dem sogenannte konsolidierte Texte einsehbar sind, also jene Dokumente, die auch Positionen der USA enthalten. Dazu müssen jedoch noch praktische Details geklärt werden. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen den EU-Institutionen haben in der letzten Woche alle Mitglieder des Europäischen Parlaments bereits Zugang zu diesen konsolidierten Texten bekommen.

Malmström und Froman wollen TTIP-Verhandlungen beschleunigen

In einer [gemeinsamen Erklärung](#) zu den Verhandlungen der Transatlantischen Handels- und Investmentpartnerschaft (TTIP) haben die Handelskommissarin der EU, Cecilia Malmström, und der Verhandlungsführer der USA, Michael Froman, noch einmal ihr Engagement für die Vollendung eines umfassenden und ehrgeizigen Abkommens unterstrichen. Sie sprachen sich für eine Beschleunigung der Verhandlungen aus. Der technische Abschluss des Abkommens ist für Ende 2016 vorgesehen. Die nächste Verhandlungsrunde wird Anfang 2016 in Brüssel stattfinden.

[Aktueller Stand zu ISDS:](#)

EU und Vietnam schließen Freihandelsabkommen ab

Nach über zweijährigen Verhandlungen haben die Europäische Union und Vietnam am 2. Dezember 2015 die Gespräche über ein Freihandelsabkommen erfolgreich abgeschlossen. Es ist das erste Freihandelsabkommen mit einem neuen Mechanismus für Investorenschutz.

Nachdem das bisher in Freihandelsabkommen genutzte ISDS-System vor allem in Verbindung mit dem geplanten TTIP Abkommen zuletzt stark in der Kritik stand, hatte die EU-Kommission im September 2015 einen [Vorschlag für eine Reform des Systems zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten](#) vorgelegt.

[Gemeinsame Erklärung der Spitzenpolitiker](#)

Kontakt

[bvöd-Geschäftsstelle](#)

fon +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

email info@bvoed.de

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) - zur Abbestellung genügt eine Mail an info@bvoed.de